

Inhaltsübersicht

Teil 1

Das neue, europarechtlich geprägte Geschäftsgeheimnisstrafrecht	27
--	-----------

Kapitel 1

Einleitung – Bedeutung des strafrechtlichen Geschäftsgeheimnisschutzes	27
---	-----------

Kapitel 2

Gesetzgebungsgeschichte der Geschäftsgeheimnis-RL und des GeschGehG	31
A. Weg zu einem harmonisierten europäischen Geschäftsgeheimnisschutz durch die Geschäftsgeheimnis-RL	31
B. Umsetzung der Geschäftsgeheimnis-RL in das nationale Recht durch das GeschGehG	33
I. Geschäftsgeheimnisschutz nach dem UWG vor Inkrafttreten des GeschGehG	33
II. Umsetzung der Geschäftsgeheimnis-RL durch das GeschGehG	34

Kapitel 3

Auswirkungen der Geschäftsgeheimnis-RL auf das GeschGehG	39
A. Richtlinienkonforme und richtlinienorientierte Auslegung von Strafgesetzen – Einleitung	39
B. Herleitung der Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung	40
I. Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung im Unionsrecht	41
II. Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung im nationalen Recht	42
III. Sonderfall: Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung im Überschussbereich einer Richtlinie	42
C. Richtlinienkonforme Auslegung von Strafgesetzen – Umfang und Grenzen	53
I. Positionen in der Rechtsprechung	53
II. Zwischenresümee	58
D. Übertragung der erörterten Grundsätze auf das GeschGehG und die Geschäftsgeheimnis-RL	61
I. Mangelnde Gesetzgebungskompetenz des Unionsgesetzgebers als Argument gegen die richtlinienkonforme Auslegung im Geschäftsgeheimnisstrafrecht	61

II. Umgehung der mangelnden Gesetzgebungskompetenz durch die zivilrechtsak-
zessorische und damit auch unionsrechtsakzessorische Ausgestaltung des Ge-
schäftsgeheimnisstrafrechts 64

III. Differenzierung zwischen voll- und mindestharmonisierenden Bestimmungen der
Geschäftsgeheimnis-RL 65

IV. Fazit 66

Kapitel 4

Begriff des Geschäftsgeheimnisses 67

A. Einleitung 67

B. Unternehmensgeheimnis im Sinne des § 17 UWG als historischer Vorläufer des Ge-
schäftsgeheimnisses im Sinne des § 2 Nr. 1 GeschGehG 68

 I. Offenkundigkeit bei § 17 UWG 69

 II. Betriebsbezogenheit bei § 17 UWG 77

 III. Subjektiver Geheimhaltungswille bei § 17 UWG 79

 IV. Wirtschaftliches Geheimhaltungsinteresse bei § 17 UWG 82

C. Begriff des Geschäftsgeheimnisses im Sinne des § 2 Nr. 1 GeschGehG 98

 I. Einleitung 98

 II. Auslegung der Legaldefinition aus § 2 Nr. 1 GeschGehG 100

D. Fazit 146

Kapitel 5

Geschäftsgeheimnisstraftatbestand, § 23 GeschGehG 149

A. Einleitung 149

B. Betriebsspionage nach § 23 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG 149

 I. Betriebsspione als taugliche Täter 149

 II. Spionagehandlung, § 23 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG i. V.m. § 4 Abs. 1 Nr. 1 Gesch-
GehG 150

 III. Subjektive Tatbestandsmerkmale 166

C. Eigeneröffnete Geheimnishehlerei nach § 23 Abs. 1 Nr. 2 GeschGehG 169

 I. Tatobjekt und tauglicher Täter 169

 II. Hehlereihandlung – § 4 Abs. 2 Nr. 1 lit. a GeschGehG 170

D. Geheimnisverrat nach § 23 Abs. 1 Nr. 3 GeschGehG 174

 I. Täterkreis 174

 II. Geheimnisverrat 177

E. Fremderöffnete Geheimnishehlerei nach § 23 Abs. 2 GeschGehG 181

F. Vorlagenfreibeuterei nach § 23 Abs. 3 GeschGehG	183
I. Vorlagen und Vorschriften technischer Art	183
II. Tauglicher Täter – Handeln im geschäftlichen Verkehr als besonderes persönliches Merkmal	185
III. Tathandlung	188
G. Qualifikationstatbestände des § 23 Abs. 4 GeschGehG	189
I. Gewerbsmäßiges Handeln, § 23 Abs. 4 Nr. 1 GeschGehG	189
II. Wissen um die Absicht der Nutzung im Ausland bei der Offenlegung, § 23 Abs. 4 Nr. 2 GeschGehG	189
III. Nutzung im Ausland, § 23 Abs. 4 Nr. 3 GeschGehG	192
H. Fazit	193
I. Unterschiede zwischen § 23 GeschGehG und §§ 17–19 UWG	193
II. Schutzlücken im Geschäftsgeheimnisstrafrecht nach § 23 GeschGehG	196
III. Kohärenz mit dem zivilrechtlichen Schutzkonzept	201

Kapitel 6

Materiell-rechtliche Grenzen des Geschäftsgeheimnisschutzes im GeschGehG 203

A. Erlaubte Formen des Handelns nach § 3 GeschGehG	203
I. <i>Reverse Engineering</i> als strafrechtlich relevante Handlungsform	203
II. Erlaubte Handlungen nach § 3 Abs. 2 GeschGehG	210
III. Weitere Erlaubnissätze des § 3 GeschGehG	212
B. Tatbestandsausnahmen nach § 5 GeschGehG	212
I. Einleitung	212
II. Benannte Fälle des § 5 GeschGehG	214
III. Unbenannte Fälle der Tatbestandsausnahme nach § 5 GeschGehG	244
IV. Subjektives Element – Handeln zum Schutz	249
C. Besonderer Rechtfertigungsgrund nach § 23 Abs. 6 GeschGehG	255
D. Fazit	256

Teil 2

Whistleblowing als besondere Grenze des strafrechtlichen Geschäftsgeheimnisschutzes durch das GeschGehG	258
--	-----

Kapitel 7

Begriff des Whistleblowings zur Umschreibung eines gesellschaftlichen und rechtlichen Phänomens	258
A. Begrifflichkeiten	259
B. Gesellschaftliche Relevanz und Rezeption	260

Kapitel 8

Strafbarkeitsrisiken beim Whistleblowing wegen der Verletzung von Geschäftsgeheimnissen	263
A. Darstellung der tatsächlichen Umstände anhand von Herolds Verlaufsmodell	263
B. Darstellung der strafrechtlichen Risiken anhand von Herolds Verlaufsmodell	266

Kapitel 9

Whistleblowing als besondere Grenze des Geschäftsgeheimnisschutzes	268
A. Schutz des Whistleblowers vor strafrechtlicher Verantwortung im Bereich des Geschäftsgeheimnisstrafrechts – <i>de lege lata</i>	268
I. Interne Meldesysteme als konkludente Einwilligung oder konkludentes Einverständnis	268
II. Besondere Berücksichtigung des § 5 GeschGehG	272
B. Schutz des Whistleblowers vor strafrechtlicher Verantwortung im Bereich des Geschäftsgeheimnisstrafrechts – <i>de lege ferenda</i>	278
I. Whistleblowing-RL – Geschichte	279
II. Whistleblowing-RL – Inhalt	280
III. Whistleblowing-RL – Auswirkungen und Unionsrechtskonformität des nationalen Rechts	281
IV. Fazit und Umsetzungsausblick	306

Inhaltsübersicht	11
<i>Teil 3</i>	
Strafrechtlicher Geschäftsgeheimnisschutz abseits des GeschGehG	324
Kapitel 10	
Geschäftsgeheimnisbegriffe außerhalb des GeschGehG	324
Kapitel 11	
Untreue nach § 266 StGB als verkapptes Geschäftsgeheimnisschutzdelikt	330
Kapitel 12	
Grenzen des Geschäftsgeheimnisschutzes nach dem GeschGehG als Grenzen in der gesamten Strafrechtsordnung	333
A. Erlaubte Formen des Handelns nach § 3 GeschGehG	334
B. Tatbestandsausnahmen nach § 5 GeschGehG	334
I. § 5 GeschGehG und § 34 StGB	335
II. Geheimnisschutzdelikte abseits des § 23 GeschGehG	345
III. Begleitdelikte	348
C. Auswirkungen der Whistleblowing-RL	350
<i>Teil 4</i>	
Fazit	352
<i>Anhang</i>	
Gesetzestexte zu §§ 17–19 UWG und Art. 39 TRIPS-Übereinkommen	356
Literaturverzeichnis	359
Stichwortverzeichnis	387

Inhaltsverzeichnis

Teil 1

Das neue, europarechtlich geprägte Geschäftsgeheimnisstrafrecht	27
--	-----------

Kapitel 1

Einleitung – Bedeutung des strafrechtlichen Geschäftsgeheimnisschutzes	27
---	-----------

Kapitel 2

Gesetzgebungsgeschichte der Geschäftsgeheimnis-RL und des GeschGehG	31
A. Weg zu einem harmonisierten europäischen Geschäftsgeheimnisschutz durch die Geschäftsgeheimnis-RL	31
B. Umsetzung der Geschäftsgeheimnis-RL in das nationale Recht durch das GeschGehG	33
I. Geschäftsgeheimnisschutz nach dem UWG vor Inkrafttreten des GeschGehG	33
II. Umsetzung der Geschäftsgeheimnis-RL durch das GeschGehG	34
1. Referentenentwurf vom 18.04.2018	34
2. Regierungsentwurf vom 18.07.2018, BT-Drs. 19/4724	36
3. Änderungen nach der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz des Bundestages vom 13.03.2019, BT-Drs. 19/8300	37

Kapitel 3

Auswirkungen der Geschäftsgeheimnis-RL auf das GeschGehG	39
A. Richtlinienkonforme und richtlinienorientierte Auslegung von Strafgesetzen – Einleitung	39
B. Herleitung der Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung	40
I. Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung im Unionsrecht	41
II. Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung im nationalen Recht	42
III. Sonderfall: Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung im Überschussbereich einer Richtlinie	42
1. Unmittelbar aus dem Unionsrecht herrührende Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung im Überschussbereich	46

- 2. Mittelbar aus dem Unionsrecht herrührende Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung im Überschussbereich 47
- 3. Aus dem nationalen Recht herrührende Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung im Überschussbereich 49
- C. Richtlinienkonforme Auslegung von Strafgesetzen – Umfang und Grenzen 53
 - I. Positionen in der Rechtsprechung 53
 - 1. Maßgebliche Rechtsprechung des EuGH 53
 - 2. Maßgebliche Rechtsprechung der nationalen Gerichte 57
 - II. Zwischenresümee 58
- D. Übertragung der erörterten Grundsätze auf das GeschGehG und die Geschäftsgeheimnis-RL 61
 - I. Mangelnde Gesetzgebungskompetenz des Unionsgesetzgebers als Argument gegen die richtlinienkonforme Auslegung im Geschäftsgeheimnisstrafrecht 61
 - II. Umgehung der mangelnden Gesetzgebungskompetenz durch die zivilrechtsakzessorische und damit auch unionsrechtsakzessorische Ausgestaltung des Geschäftsgeheimnisstrafrechts 64
 - III. Differenzierung zwischen voll- und mindestharmonisierenden Bestimmungen der Geschäftsgeheimnis-RL 65
 - IV. Fazit 66

Kapitel 4

Begriff des Geschäftsgeheimnisses 67

- A. Einleitung 67
- B. Unternehmensgeheimnis im Sinne des § 17 UWG als historischer Vorläufer des Geschäftsgeheimnisses im Sinne des § 2 Nr. 1 GeschGehG 68
 - I. Offenkundigkeit bei § 17 UWG 69
 - 1. Kontrolle des Geheimnisinhabers 70
 - 2. Erforderlicher Aufwand zur Aufdeckung 73
 - 3. *Reverse Engineering* im Bereich des Unternehmensgeheimnisses 75
 - II. Betriebsbezogenheit bei § 17 UWG 77
 - III. Subjektiver Geheimhaltungswille bei § 17 UWG 79
 - IV. Wirtschaftliches Geheimhaltungsinteresse bei § 17 UWG 82
 - 1. Wirtschaftliches Geheimhaltungsinteresse an *illegalen Geheimnissen* 83
 - a) Auslegung anhand des Wortlauts 83
 - b) Systematische Argumente 84
 - aa) Binnensystematik des UWG 84
 - bb) Systematische Erwägungen im strafrechtlichen Kontext 84
 - (1) Verrat von Staatsgeheimnissen, §§ 97a, 93 StGB 84
 - (2) Verletzung von Privatgeheimnissen, § 203 StGB 85

(3) Der sogenannte Diebes-Dieb	86
(4) Anzeigerecht des Arbeitnehmers	87
(5) Wahrnehmung berechtigter Interessen, § 193 StGB	88
cc) Systematische Erwägungen abseits des Strafrechts	89
(1) Gedanken zum gewerblichen Rechtsschutz	89
(2) Gedanken zum Verwaltungsrecht	89
c) Teleologische Auslegung	90
d) Verfassungskonforme Auslegung	95
2. Zwischenresümee zum Stand der Forschung im Bereich <i>illegaler Geheimnisse</i>	97
C. Begriff des Geschäftsgeheimnisses im Sinne des § 2 Nr. 1 GeschGehG	98
I. Einleitung	98
II. Auslegung der Legaldefinition aus § 2 Nr. 1 GeschGehG	100
1. Auslegung des § 2 Nr. 1 lit. a HS. 1 GeschGehG – Vorliegen einer nicht offenkundigen Information	100
a) Information	100
aa) Informationsarten	100
bb) Informationsinhalte	103
cc) Zwischenergebnis	109
b) Fehlende Offenkundigkeit	109
aa) Bestimmung des Personenkreises	109
bb) Allgemein bekannt	111
cc) ohne Weiteres zugänglich	113
2. Auslegung des § 2 Nr. 1 lit. a HS. 2 GeschGehG – Wirtschaftlicher Wert einer nicht offenkundigen Information	115
a) Wirtschaftlicher Wert einer nicht offenkundigen Information	115
b) Wirtschaftlicher Wert <i>illegaler Geheimnisse</i>	119
3. Auslegung des § 2 Nr. 1 lit. b GeschGehG – angemessene Geheimhaltungsmaßnahmen	123
a) Angemessene Geheimhaltungsmaßnahmen	123
b) Angemessene Geheimhaltungsmaßnahmen im Spannungsfeld mit dem strafrechtlichen Bestimmtheitsgrundsatz aus Art. 103 Abs. 2 GG	135
4. Auslegung des § 2 Nr. 1 lit. c GeschGehG – Berechtigtes Interesse an der Geheimhaltung	137
a) Unionsrechtskonformität des § 2 Nr. 1 lit. c GeschGehG	138
b) Berechtigtes Interesse an der Geheimhaltung	141
c) Berechtigtes Interesse an der Geheimhaltung im Spannungsfeld mit dem strafrechtlichen Bestimmtheitsgrundsatz aus Art. 103 Abs. 2 GG	145
D. Fazit	146

Kapitel 5

Geschäftsgeheimnisstraftatbestand, § 23 GeschGehG	149
A. Einleitung	149
B. Betriebsspionage nach § 23 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG	149
I. Betriebsspione als taugliche Täter	149
II. Spionagehandlung, § 23 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG i. V. m. § 4 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG	150
1. Erlangen im Sinne des § 4 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG	150
2. Erfasste Formen der Erlangung	153
a) Kopieren, Zugang erlangen und Aneignung	153
b) Unmittelbare Einwirkung auf das Geheimnismedium	158
3. Unbefugt im Sinne des § 4 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG	161
4. Besondere Erscheinungsformen der Betriebsspionage	162
a) Reverse Engineering als strafrechtlich relevante Verhaltensweise	162
b) Mittelbare Täterschaft und <i>Social Engineering</i>	164
III. Subjektive Tatbestandsmerkmale	166
C. Eigeneröffnete Geheimnishehlerei nach § 23 Abs. 1 Nr. 2 GeschGehG	169
I. Tatobjekt und tauglicher Täter	169
II. Hehlereihandlung – § 4 Abs. 2 Nr. 1 lit. a GeschGehG	170
1. Nutzung von Geschäftsgeheimnissen	171
2. Offenlegung von Geschäftsgeheimnissen	172
D. Geheimnisverrat nach § 23 Abs. 1 Nr. 3 GeschGehG	174
I. Täterkreis	174
II. Geheimnisverrat	177
1. Verstoß gegen § 4 Abs. 2 Nr. 3 GeschGehG	177
2. Zeitliche Begrenzung des möglichen Handelns	179
3. Strafbarkeit von <i>Social Engineering</i> nach § 23 Abs. 1 Nr. 3 GeschGehG	180
E. Fremderöffnete Geheimnishehlerei nach § 23 Abs. 2 GeschGehG	181
F. Vorlagenfreibeuterei nach § 23 Abs. 3 GeschGehG	183
I. Vorlagen und Vorschriften technischer Art	183
II. Tauglicher Täter – Handeln im geschäftlichen Verkehr als besonderes persönliches Merkmal	185
III. Tathandlung	188
G. Qualifikationstatbestände des § 23 Abs. 4 GeschGehG	189
I. Gewerbsmäßiges Handeln, § 23 Abs. 4 Nr. 1 GeschGehG	189
II. Wissen um die Absicht der Nutzung im Ausland bei der Offenlegung, § 23 Abs. 4 Nr. 2 GeschGehG	189
III. Nutzung im Ausland, § 23 Abs. 4 Nr. 3 GeschGehG	192

H. Fazit	193
I. Unterschiede zwischen § 23 GeschGehG und §§ 17–19 UWG	193
1. Unterschiede zwischen § 23 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG und § 17 Abs. 2 Nr. 1 UWG	193
2. Unterschiede zwischen § 23 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 GeschGehG und § 17 Abs. 2 Nr. 2 UWG	194
3. Unterschiede zwischen § 23 Abs. 1 Nr. 3 GeschGehG und § 17 Abs. 1 UWG	195
4. Unterschiede zwischen § 23 Abs. 3 GeschGehG und § 18 UWG	195
II. Schutzlücken im Geschäftsgeheimnisstrafrecht nach § 23 GeschGehG	196
1. Betriebsspionage durch Abhörmaßnahmen	196
2. Strafbarkeit des <i>Social Engineering</i> zur Erlangung von Geschäftsgeheimnissen	197
3. Sanktionsmöglichkeiten bei nachvertraglichen Wettbewerbsbeschränkungen	201
III. Kohärenz mit dem zivilrechtlichen Schutzkonzept	201

Kapitel 6

Materiell-rechtliche Grenzen des Geschäftsgeheimnisschutzes im GeschGehG 203

A. Erlaubte Formen des Handelns nach § 3 GeschGehG	203
I. <i>Reverse Engineering</i> als strafrechtlich relevante Handlungsform	203
1. <i>Reverse Engineering</i> im Spannungsverhältnis zwischen § 4 Abs. 1 Nr. 1 Ge- schGehG und § 3 Abs. 1 Nr. 2 GeschGehG	204
2. Erlaubte Formen des <i>Reverse Engineering</i> nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 GeschGehG	204
3. Beschränkung auf innovations- und wettbewerbsförderndes <i>Reverse Enginee- ring</i>	208
4. Nutzung oder Offenlegung bei vorangegangennem <i>Reverse Engineering</i>	209
5. Fazit – Wandel der strafrechtlichen Bewertung des <i>Reverse Engineering</i>	210
II. Erlaubte Handlungen nach § 3 Abs. 2 GeschGehG	210
III. Weitere Erlaubnissätze des § 3 GeschGehG	212
1. Erlaubte Handlungen nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG	212
2. Erlaubte Handlungen nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 GeschGehG	212
B. Tatbestandsausnahmen nach § 5 GeschGehG	212
I. Einleitung	212
II. Benannte Fälle des § 5 GeschGehG	214
1. § 5 Nr. 1 GeschGehG	214
a) Ermittlung der einschlägigen Grundrechtsordnung	215
b) Anforderungen an die tatbestandsausschließende Wirkung des § 5 Nr. 1 GeschGehG	218
2. § 5 Nr. 2 GeschGehG	220
a) Von § 5 Nr. 2 GeschGehG erfasste Formen von Fehlverhalten	221
aa) Rechtswidrige Handlungen	222

bb) Berufliches Fehlverhalten	223
cc) Sonstiges Fehlverhalten	223
(1) Kritische Würdigung des Tatbestandsmerkmals	223
(2) Beschluss des OLG Oldenburg vom 21.05.2019 – 1 Ss 72/19	228
dd) Bloß vermutete Missstände	229
b) Geeignetheit das öffentliche Interesse zu schützen – Interessenabwägung	233
aa) Bestimmung des allgemeinen öffentlichen Interesses	234
bb) Geeignetheit und Interessenabwägung	235
c) Illegale Geheimnisse – Das Spannungsverhältnis von § 5 Nr. 2 GeschGehG und § 2 Nr. 1 lit. c GeschGehG	241
3. § 5 Nr. 3 GeschGehG	242
III. Unbenannte Fälle der Tatbestandsausnahme nach § 5 GeschGehG	244
1. Berechtigtes Interesse im Sinne des § 5 GeschGehG	245
2. Interessenabwägung	246
IV. Subjektives Element – Handeln zum Schutz	249
1. Handeln zum Schutz	249
2. Irrtümer und § 5 GeschGehG	251
a) Ausschluss nach § 9 GeschGehG (analog) als Lösungsansatz	251
b) Irrtumsregeln des StGB	252
c) Fazit	254
C. Besonderer Rechtfertigungsgrund nach § 23 Abs. 6 GeschGehG	255
D. Fazit	256

Teil 2

Whistleblowing als besondere Grenze des strafrechtlichen Geschäftsgeheimnisschutzes durch das GeschGehG	258
--	-----

Kapitel 7

Begriff des Whistleblowings zur Umschreibung eines gesellschaftlichen und rechtlichen Phänomens	258
A. Begrifflichkeiten	259
B. Gesellschaftliche Relevanz und Rezeption	260

Kapitel 8

Strafbarkeitsrisiken beim Whistleblowing wegen der Verletzung von Geschäftsgeheimnissen	263
--	-----

A. Darstellung der tatsächlichen Umstände anhand von Herolds Verlaufsmodell	263
B. Darstellung der strafrechtlichen Risiken anhand von Herolds Verlaufsmodell	266

Kapitel 9

Whistleblowing als besondere Grenze des Geschäftsgeheimnisschutzes	268
A. Schutz des <i>Whistleblowers</i> vor strafrechtlicher Verantwortung im Bereich des Geschäftsgeheimnisstrafrechts – <i>de lege lata</i>	268
I. Interne Meldesysteme als konkludente Einwilligung oder konkludentes Einverständnis	268
II. Besondere Berücksichtigung des § 5 GeschGehG	272
1. Schutz des <i>Whistleblowers</i> selbst	272
2. Schutz weiterer Personen	278
B. Schutz des <i>Whistleblowers</i> vor strafrechtlicher Verantwortung im Bereich des Geschäftsgeheimnisstrafrechts – <i>de lege ferenda</i>	278
I. Whistleblowing-RL – Geschichte	279
II. Whistleblowing-RL – Inhalt	280
III. Whistleblowing-RL – Auswirkungen und Unionsrechtskonformität des nationalen Rechts	281
1. Einfluss von Art. 21 Abs. 7 Whistleblowing-RL auf Art. 3 Abs. 2 Geschäftsgeheimnis-RL und § 3 Abs. 2 GeschGehG	281
a) Rechtsfolge: Rechtmäßige Offenlegung im Sinne des Art. 3 Abs. 2 Geschäftsgeheimnis-RL und damit auch im Sinne des § 3 Abs. 2 GeschGehG	281
b) Tatbestandsvoraussetzungen	282
aa) Hinreichender Grund zur Annahme, dass die gemeldeten Informationen über Verstöße der Wahrheit entsprachen, Art. 6 Abs. 1 lit. a HS. 1 Whistleblowing-RL	282
(1) Verstoß, Art. 5 Nr. 1 Whistleblowing-RL	282
(2) Hinreichender Grund zur Annahme, dass die gemeldeten Informationen über Verstöße der Wahrheit entsprachen	284
(3) Gutgläubigkeit des Hinweisgebers	286
(a) Maßstabsbildung anhand der Richtlinie	286
(b) Maßstabsbildung anhand der Rechtsprechung	287
(c) Maßstabsbildung anhand des nationalen Rechts	288
(4) Maßgeblicher Zeitpunkt	293
bb) Hinreichender Grund zur Annahme der Eröffnung des Anwendungsbereichs, Art. 6 Abs. 1 lit. a HS. 2 Whistleblowing-RL	293
(1) Sachlicher Anwendungsbereich, Art. 2 Whistleblowing-RL	293
(2) Persönlicher Anwendungsbereich, Art. 4 Whistleblowing-RL	294

cc) Ordnungsgemäße Meldung oder Offenlegung, Art. 6 Abs. 1	
lit. b Whistleblowing-RL	296
(1) Meldungen nach Art. 7 oder 10 Whistleblowing-RL	296
(2) Offenlegung nach Art. 15 Whistleblowing-RL	299
dd) Hinreichender Grund zur Annahme der Notwendigkeit der Meldung oder Offenlegung, Art. 21 Abs. 2, 7 UAbs. 1 S. 2 Whistleblowing-RL	301
2. Einfluss der Whistleblowing-RL auf Art. 5 Geschäftsgeheimnis-RL und § 5 GeschGehG	303
IV. Fazit und Umsetzungsausblick	306
1. Fazit	306
2. Umsetzungsausblick	306
a) Mindestumsetzung oder Gesamtkonzept	307
b) Eigener Entwurf eines Hinweisgeberschutzgesetzes (Auszug)	311
c) Regierungsentwurf vom 19.09.2022 BT-Drs. 20/3442	318

Teil 3

Strafrechtlicher Geschäftsgeheimnisschutz abseits des GeschGehG	324
--	-----

Kapitel 10

Geschäftsgeheimnisbegriffe außerhalb des GeschGehG	324
---	-----

Kapitel 11

Untreue nach § 266 StGB als verkapptes Geschäftsgeheimnisschutzdelikt	330
--	-----

Kapitel 12

Grenzen des Geschäftsgeheimnisschutzes nach dem GeschGehG als Grenzen in der gesamten Strafrechtsordnung	333
---	-----

A. Erlaubte Formen des Handelns nach § 3 GeschGehG	334
B. Tatbestandsausnahmen nach § 5 GeschGehG	334
I. § 5 GeschGehG und § 34 StGB	335
1. Rechtfertigung von <i>Whistleblowern</i> nach § 34 StGB – bisheriger Stand der Forschung	335
a) Rechtfertigung bei korrekter Sachverhaltskenntnis	335
b) Irrtumsfolgen beim bloß gutgläubigen Whistleblowing	339
2. Unterschiede zwischen § 34 StGB und § 5 GeschGehG	340
3. Verhältnis von § 34 StGB zu § 5 GeschGehG	341

4. Fazit	344
II. Geheimnisschutzdelikte abseits des § 23 GeschGehG	345
III. Begleitdelikte	348
C. Auswirkungen der Whistleblowing-RL	350

Teil 4

Fazit	352
--------------------	-----

Anhang

Gesetzestexte zu §§ 17–19 UWG und Art. 39 TRIPS-Übereinkommen	356
Literaturverzeichnis	359
Stichwortverzeichnis	387